



## Update 04/2020

Bernhard Daldrup, MdB  
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 6. März 2020

### Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

die furchtbare Tat von Hanau beschäftigte diese Woche den Bundestag. Auch wenn wir es wünschen, es wohl leider wird nicht der letzte rechtsextreme Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik sein, deshalb sollten wir uns jetzt intensiv, selbstkritisch und handlungsorientiert mit der Aufarbeitung beschäftigen. Die Morde in Hanau, Kassel und Halle zeigen uns überdeutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus erheblich ausgeweitet werden muss. Es muss deutlich werden, dass wir Hetzern und rechten Terroristen nicht unser Land überlassen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Veranstaltung „Respekt!“ hinweisen – mehr Infos findet ihr auf der nächsten Seite.

Des Weiteren gebe ich euch in diesem Update einen Überblick über weitere Themen dieser Sitzungswoche und über meine Arbeit in den vergangenen 14 Tagen.

*Liebe Grüße aus Berlin,  
und nun: Viel Spaß beim Lesen! Bis bald auf Facebook und Co.  
Euer*

# RESPEKT!

Schon vor einigen Wochen hatten wir uns vorgenommen am Mittwoch, den 18. März, unter dem Schlagwort "Respekt" über das Fundament einer integrativen Gesellschaft zu sprechen, nämlich dem Respekt gegenüber Mitmenschen. Dann mahnten uns die schrecklichen Morde von Hanau leider, wie aktuell dieses Thema ist. Einmal mehr müssen wir nach diesen Anschlägen über Hass, Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft sprechen. Wir alle wissen: Verbrechen werden zuerst gesprochen - und dann begangen. Wie verändert sich unsere Kultur, unsere Kommunikation, die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen? Tragen wir selber etwas dazu bei, aber vor allem: Was tun wir dagegen? Wir wollen mit unseren Podiumsgästen, aber ebenso mit Euch und Ihnen diskutieren und überlegen, was zu tun ist.

Podiumsgäste: Stefan Schwartze, MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Petitionsausschuss; Berthold Lülff, Bürgermeister der Stadt Ennigerloh; Serhat Ulusoy, stellv. Bundesvorsitzender der TGD (Türkische Gemeinden in Deutschland); Thomas Trampe-Brinkmann, Notfallsanitäter; Dennis Kocker, Fußballschiedsrichter; Katharina Köhnke, "Initiative Südviertel", "Keinen Meter den Nazis", Münster; Manfred Kehr, Referent "Demokratie leben!", Ahlen; Moderation: Bernhard Daldrup, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

**Mittwoch, 18. März 2020 | um 19:00 Uhr im Landgasthaus "Hohen Hagen" | Zum Hohen Hagen 4, 59320 Ennigerloh | Rückmeldung bei Teilnahme erbeten an: Tel.: 02382 / 914422 Fax: 02382 / 9144-70 Mail: [bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de](mailto:bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de)**

Die Einladungskarte kann hier heruntergeladen werden:

[https://www.bernhard-daldrup.de/wp-content/uploads/sites/220/2020/02/Daldrup\\_Veranstaltung\\_Respekt.pdf](https://www.bernhard-daldrup.de/wp-content/uploads/sites/220/2020/02/Daldrup_Veranstaltung_Respekt.pdf)

## // Hanau ändert alles

Am 17.02., einem normalen Montag im Februar, hatte ich einen Ortstermin mit Oberbürgermeister Claus Kaminsky und einigen Kommunalpolitikern sowie meinem Kollegen Sascha Raabe in Hanau, um die wohnbauliche Nutzung des „Sportfields“ zu besprechen. Ich war zum ersten Mal dort. Es war ein konstruktiver Termin über Wohnfragen im Rhein-Main-Gebiet, aber ebenso über bundesweite Herausforderungen im Wohnungsbau.

Und dann, zwei Tage später diese grauenhafte Tat, die uns fassungslos zurückließ. Der rassistisch motivierte Terroranschlag von Hanau hat uns erschüttert. Unsere Gedanken gehören den Angehörigen. Wir trauern um die Opfer und sind entschlossen die Demokratie auch ihretwegen zu verteidigen. Die schrecklichen Morde haben uns auf bitterste Weise vor Augen geführt, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus deutlich

ausgeweitet werden muss. Die Anschläge in Hanau und in Halle und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind Teile einer besorgniserregenden Entwicklung. Der Rechtsstaat muss mit all ihm zur Verfügung stehenden Mitteln rigoros gegen seine Feinde vorgehen. Rechte Gefährder müssen systematisch ins Visier genommen werden. Zudem dürfen Rechtsextremisten nicht in den Besitz von Waffen gelangen. Die konkreten Fragen zum Fall Hanau haben den Bundestag am Mittwoch beschäftigt. Bis auf die AfD waren sich alle Parteien einig, dass rechte Hetze der Nährboden solcher Taten ist. Bundestagspräsident Schäuble betonte, dass Betroffenheit längst nicht mehr reiche, es stattdessen an der Zeit sei, selbstkritisch und entschlossen ins Handeln zu kommen. Die AfD-Fraktion sah sich fraktionsübergreifend umfassender Kritik ausgesetzt.



*Ich war in Bamberg zur Unterstützung meines Fraktionskollegen Andreas Schwarz, der dort als Landrat kandidiert und seinem Kollegen Reiner Büttner, der im benachbarten Forchheim Landrat werden soll. Mit Richard Schmidt (23!) stellt die SPD in Hauen den jüngsten BM-Kandidaten in Bayern auf und er hat eine realistische Chance, seinem SPD-Amtsvorgänger zu folgen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist Anwältin der Kommunen in Berlin. Das merken auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort. Die SPD ist im bayrischen Kommunalwahlkampf gut drauf! #Bayernwahl #2020*

Wenn wir solche Taten in Zukunft verhindern wollen, sollten wir anerkennen, dass die Bedrohung durch Rechtsextremismus in diesem Land hoch ist und nicht relativiert werden kann, betonte auch Bundesinnenminister Horst Seehofer. Der Staat darf auf dem rechten Auge nicht länger blind sein. Wir müssen jetzt handeln, das sind wir den Opfern und allen Angehörigen schuldig.

## // Grünenantrag zur Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Menschen aus griechischen Flüchtlingslagern

Am Mittwochabend hat der Bundestag gegen den Antrag der Grünen über die Aufnahme von 5000 Flüchtigen aus Griechenland abgestimmt. Es sei aber „viel Richtiges“ im Antrag betonte Eva Högel, stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion in der Plenardebatte. Allerdings helfe der Antrag in der momentanen Situation nur wenig, weil es konkrete Verhandlungen mit vier europäischen Ländern gebe. Diese Chance für eine teileuropäische Lösung dürfe nicht ausgelassen werden, weil sonst keine europäischen Lösungen mehr erreicht werden können. Viele Abgeordnete gaben persönliche Erklärungen ab, in der sie sich für die Aufnahme von Geflüchteten aussprachen und dabei auf den europäischen Weg hinweisen.

## // Kohleausstiegsgesetz

Klimaschutz und die Bekämpfung der weltweiten Ungleichheit sind die wichtigsten globalen Aufgaben unserer Zeit. Wir haben uns im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten. Das ist unser Beitrag, um die Erderwärmung bis 2050 auf 2 Grad Celsius, möglichst aber auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Darum hat die Bundesregierung neben dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Klimaschutzgesetz sowie dem Strukturstärkungsgesetz nun auch das Kohleausstiegsgesetz auf den Weg gebracht. Das Zusammenwirken aller Maßnahmen ist von hoher Bedeutung, um die Klimaschutzziele zu erreichen und wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben.

Um die Weichen für die Zukunft zu stellen, hat der Deutsche Bundestag diese Woche in erster Lesung das Kohleausstiegsgesetz beraten. Dieses regelt den sozial verträglichen, klimagerechten und zukunftsfähigen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Aus Verantwortung für künftige Generationen schalten wir spätestens 2038 das letzte Kohlekraftwerk ab. Wir beenden die Verlagerung der Umweltkosten in die Zukunft und stellen gleichzeitig mit dem Strukturstärkungsgesetz sicher, dass die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen langfristige Zukunftsperspektiven erhalten. Darauf

**Erfolgreiche Wochen für die SPD:**

Danke und herzlichen Glückwunsch an Peter Tschentscher und die SPD Hamburg. Ein großartiges Ergebnis für Hamburg (und ein Beispiel für die SPD in großen Städten). Hamburg zeigt, was mit einer guten Aufstellung für die SPD möglich ist! Rot-Grün hat eine klare Mehrheit.

Herzlichen Glückwunsch auch nach Leipzig! Leipzig bleibt Jung. Die Wählerinnen und Wähler haben sich in der Stichwahl in Leipzig für Burkhard Jung entschieden. Ein großer Erfolg für ihn und die SPD: Leipzig bleibt sozialdemokratisch, die SPD die bestimmende politische Kraft. Herzlichen Glückwunsch, Burkhard Jung!

können sich die Menschen in der Lausitz wie auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier verlassen. Wir werden u.a. dafür Sorge tragen, dass die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen und die Kolleginnen und Kollegen nachhaltige Förderung für neue Jobs, Unterstützung und gute Perspektiven erhalten. Beschäftigte, die persönlich von den strukturellen Entscheidungen betroffen sind, werden z. B. mit dem Anpassungsgeld individuell unterstützt.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind wichtige Schritte, um unsere Klimaziele zu erreichen und unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze zukunftsfähig zu machen. Deshalb werden wir dieses Jahrzehnt zu einem Jahrzehnt der erneuerbaren Energien machen. Parallel zum Ausstieg aus der Kohle- und Atomkraft, müssen wir einen Anteil von 65 Prozent des Stromverbrauchs an erneuerbaren Energien bis 2030 schaffen. Das wird allerdings nur gelingen, wenn wir Windenergie an Land und Solarenergie stärker als bisher ausbauen. Darum muss der Solardeckel, also die Obergrenze beim geförderten Ausbau von Solaranlagen, abgeschafft werden. Außerdem darf es zu keiner pauschalen Festlegung auf unpraktikable Abstandsregelungen beim Ausbau von Windkraftanlagen kommen. Hier brauchen wir eine gemeinsame koordinierte Anstrengung von Bund und Ländern bei der Erreichung des 65 %-Ziels.

Das Kohleausstiegsgesetz ist ein zentraler Baustein für die Energiewende in Deutschland. 20 Jahre nach Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) durch Rot-Grün muss ein zweiter industriepolitischer Ruck beim Ausbau der

Erneuerbaren durch unser Land gehen. Dafür werden wir in den anstehenden parlamentarischen Beratungen kämpfen. Für die Zukunft unseres Landes, in der wirtschaftlich vernünftig ist, was sozial und ökologisch ist.

## // Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des THW-Gesetzes

Eine wichtige Aufgabe des modernen Staates ist der Schutz der Bevölkerung vor besonderen Gefahren. Um die Aufgabe des Bevölkerungsschutzes erfüllen zu können, müssen ausreichend Kapazitäten und Mittel des Zivilschutzes für Bundes- und Landesbehörden vorgehalten werden. Deutschland hat ein bewährtes und maßgeblich auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit beruhendes Bevölkerungsschutzsystem. Mit Blick auf die rund 80.000 Helferinnen und Helfer im THW gilt es, die Attraktivität dieses besonderen Ehrenamts in der Zivilgesellschaft auch in Zukunft zu gewährleisten. Die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement ist eine persönliche Entscheidung, die von vielen Faktoren abhängt. Neben den geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen einschließlich ehrenamtlicher Mitgestaltung ist die gesellschaftliche Anerkennung ein wichtiger Faktor.

Der vorliegende Gesetzentwurf verbindet nun notwendige Aktualisierungen des THW-Gesetzes mit mehr Regelungstransparenz und rechtlichen Verbesserungen im Ehrenamt des THW. Mit einer Anpassung der Regelungen im THW-Gesetz zur vorübergehenden Freistellung während der Arbeitszeit für anlassbezogen unaufschiebbare THW-Dienste der jeweils betroffenen Helferinnen und Helfer, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die

im Koalitionsvertrag betonte Stärkung des Ehrenamts auch im THW weiter voranzubringen. Gleichzeitig führen neue Gefahren wie die Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen oder der Klimawandel zu veränderten Rahmenbedingungen für den Zivil- und Katastrophenschutz. Diesem Wandel stellt sich das THW, insbesondere durch Erweiterung und Anpassung seiner technischen Fähigkeiten sowie zusätzlicher Ausbildungskapazitäten. In den neuen Regelungen spiegelt sich diese Modernisierung zur Flexibilität von Einsatzeinheiten und zur Verwendung der THW-Kräfte in modernen THW-Fachbereichen wieder.

## // Achim Post beim „Politischen Aschermittwoch“ in Beckum

Dass die Beckumer Genossinnen und Genossen auch humorvoll sein können, stellten sie am politischen Aschermittwoch prominent zur Schau. Der Bundestagsabgeordnete Achim Post war der Einladung von SPD-Stadtverbandsvorsitzende Felix Markmeier-Agnesens und mir gefolgt und unterhielt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Restaurant „Zur Windmühle“.



*Politischer Aschermittwoch der SPD Beckum mit Achim Post, Landratskandidat Dennis Kocker und Bürgermeister Kandidat Michael Gerdhenrich, Rudolf Grothues und Felix Markmeier-Agnesens.*

Post gilt über die Fraktionsgrenzen hinweg als Finanzexperte und überzeugter Europäer. Er betonte die Wichtigkeit Europas für Deutschland und zog ein klares proeuropäisches Resümee – einzig bei sozialpolitischen Vorhaben müsse mehr getan werden. Thematisiert wurde auch die erst kürzlich von der österreichischen Regierung refüsierte Finanztransaktionssteuer. Post positionierte sich klar hinter die Pläne von Olaf Scholz.

Anwesend war auch Landratskandidat Dennis Kocker, Bürgermeister Kandidat Michael Gerdhenrich und Rudolf Grothues.

## // 2. Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Unter dem Titel „Muslime in Deutschland – Mit-tendrin statt nur dabei“ fand am Mittwoch die 2. Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion statt. Ich beteiligte mich an der Konferenz und lud Engagierte aus dem Kreis Warendorf und Umgebung zu der Konferenz ein.



*Die SPD tritt mit Entschiedenheit Islamfeindlichkeit entgegen und setzt sich für eine weltoffene Gesellschaft ein. Auf unserer Islam-Konferenz („Muslime in Deutschland“) wollen wir erfahren, welche zentralen Erwartungen und Forderungen an die SPD und unsere Gesellschaft gestellt werden.*

*Hier: meine Bundestagskollegin Cansel Kiziltepe und Frauen aus ihrem Wahlkreis*

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen in Hanau, fühlen sich viele der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ausgegrenzt und nicht mehr sicher. Das gesellschaftliche Klima hat sich in den letzten Jahren verändert. Insbesondere Menschen mit muslimischen Glauben sind immer häufiger Anfeindungen ausgesetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt Islamfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit entgegen und setzt sich für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft ein. Wir stehen an der Seite unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dieser Einladung folgten Mehmet Tanli (Bezirksvertreter und SPD-Vorstandsmitglied in Hamm-Heessen und stellv. Vorsitzender der AG Migration & Vielfalt der SPD Hamm), der als Pädagogischer Mitarbeiter im Amt für Jugend, Soziales und Integration in Ahlen tätig ist, Ismail Erkul (SPD Hamm, UB-Vorstandsmitglied), Ahmet Ayvacik (UB Hamm-Heessen) und Mato Dujmusic (Büroleiter von Michael Thews,

MdB für den Wahlkreis Hamm und Unna II) (siehe Foto) und brachten ihre Expertise ein. Ziel der Konferenz war es zu erfahren, welche zentralen Erwartungen und Forderungen an die SPD und unsere Gesellschaft gestellt werden und umgekehrt.



Ahmet Ayvacik, Mehmet Tanli, Ismail Erkul und Mato Dujmusic nahmen an der Islamkonferenz teil. .

Es kann und darf nicht sein, dass einzelne Gruppen und Individuen Angst haben müssen um ihre Unversehrtheit, dass Menschen gegeneinander gestellt werden. Muslimfeindlichkeit ist ein Thema, das wir sorgsam im Blick haben. Sie wird leider geschürt, um daraus politisch Kapital zu schlagen. Die SPD wendet sich gegen alle Formen von Menschenfeindlichkeit, egal welche Gruppe davon betroffen ist. Überall, wo die Religionsfreiheit angegriffen wird, müssen wir mit einem klarer Haltung und einem klaren Plan handeln.



Meine beiden Reden im Bundestag:

Am 06.03. redete ich über die Reduzierung von Bauvorschriften und über die Förderung wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen. [https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/D/daldrup\\_bernhard-518964](https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/D/daldrup_bernhard-518964)



Viele Themen, hochkarätige Gäste aus aller Welt, aber Warendorf im Herzen – das war die zweite Talkrunde „Warendorfer Köpfe“. Zu Gästen waren Sandra Reimann, Krankenschwester im Josephs-Hospital und Prädikantin in der Emsstadt, Prof. Dr. Martin Richenhagen, Unternehmer in den USA, Dr. Olaf Gericke, Landrat des Kreises Warendorf und Thomas Oppermann, Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Die vier vollkommen unterschiedlichen Gäste schilderten ihre Sicht auf Politik, Weltgeschehen, Zeitgeschichte, Gesellschaft oder erzählten von ihrer Arbeitswelt.



Bei meinem Treffen mit den Landfrauen ging es um vielseitige Anliegen: Vorschriften aus dem Baugesetzbuch für die Nachmietung bestehender Gebäude, Planungssicherheiten in der Landwirtschaft, fehlende Unterstützung für neue Ideen, aber auch generelle Sorgen des ländlichen Raumes. Das Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern Gisela Keller und der Kreisvorsitzenden Margret Möllmann. Mit dabei waren Dennis Kocker und Annette Watermann-Krass (MdL).



Auf Vermittlung meines Landtagskollegen André Stinka zu Besuch bei der Tischlerei „Röwekamp und Stumpe“ in Telgte. Nachhaltigkeit ist gerade im holzverarbeitenden Gewerbe eine zentrale Anforderung, die hier vorbildlich erfüllt wird. Gegen „Jammern und Lethargie“ setzt das Unternehmen Nachhaltiges Arbeiten auf allen Ebenen, natürlich auch bei FSC und PEFC, wichtigen Zertifikaten nachhaltiger Holzwirtschaft.